

369



**Der
Freiheits-
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit**

73. Jahrgang – Nr. 74 – Dez. 2024

Kuratoriumssitzung und Exkursion nach Gusen

Gedenkstatue für Maria Stromberger

Provikar Lampert – 80. Todestag



*Die ÖVP Kameradschaft
der politisch Verfolgten und
Bekenner für Österreich
wünscht allen Leserinnen
und Lesern frohe
Weihnachten, einen
angenehmen Jahreswechsel
sowie Gesundheit
und Zufriedenheit im
Jahr 2025!*

Lagerplan des KZ Gusen





Worte des Chefredakteurs

Diesmal gibt es einen ganz eindeutigen Schwerpunkt. Es sind die zahlreichen Gedenkveranstaltungen. Zu den bereits traditionellen Terminen zählen in Wien der Floridsdorfer Spitz, der Morzinplatz und die Hinrichtungsstätte im Landesgericht Wien sowie das Lager Lackenbach. Darüber hinaus ist es gelungen, für Maria Stromberger bei Flattnitz (Kärnten) nicht nur eine angemessene Gedenkstatue, sondern auch eine würdevolle Veranstaltung mit großer Beteiligung zu erwirken.

Die Kuratoriumsmitglieder unserer Kameradschaft verbanden ihre Sitzung mit einer Exkursion in das Konzentrationslager Gusen – ebenfalls ein Ort, der viel zu spät entsprechend beachtet wurde. Provikar Lampert fuhr in Innsbruck zum 80. Jahrestag seiner Hinrichtung eine gebührende Würdigung. Durch eine Gedenktafel in der Tiroler Landeshauptstadt erfährt man nun auch mehr zur Geschichte der Villa Schindler.

Die Nationalratswahl, die nicht das erhoffte Ergebnis gebracht hat, wird von Walter Tancsits sachkundig analysiert. Die Serie „Gedenksteine“ wird durch einen QR-Code weiterentwickelt und bietet nunmehr noch ausführlichere Informationen zu Widerstandskämpfern. Es ehrt uns, dass sich Mag. Friedrich Forsthuber, Präsident des Landesgerichtes für Strafsachen Wien, bereit erklärt hat, in Ergänzung der „Akte Rosenberg“ in Deutschland die Rolle der österreichischen Justiz zu beleuchten. Es freut uns, dass Christoph Benedikter eine aufschlussreiche Rezension und Niklas Perzi einen Bericht über eine interessante Veranstaltung beigesteuert haben.

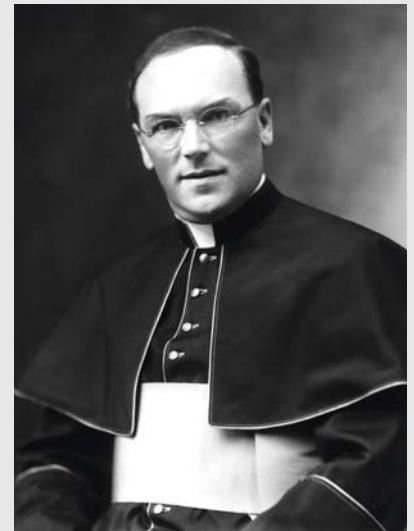
Euer Paul Mychalewicz

Carl Lampert – ein zu wenig bekannter Widerstandskämpfer

Östlich von Tirol ist Carl Lampert (1894 – 1944) höchstens als ranghöchster Geistlicher bekannt, der vom nationalsozialistischen Regime hingerichtet wurde. Als solcher wird er auch von mir erwähnt (Der bürgerliche Widerstand gegen das NS-Regime, S. 87). Tatsächlich war er Provikar der Apostolischen Administratur Innsbruck-Feldkirch. Die Bezeichnung entspricht der Funktion eines Generalvikars in einer Diözese.

Dankenswerterweise informierte uns Landesobmann Hornich aber, dass in den Bundesländern Tirol und Vorarlberg Lampert sehr wohl präsent ist. Der spätere Priester wurde 1894 in Göfis (Vorarlberg) geboren und wirkte nach seiner Priesterweihe in Brixen (Südtirol) eine Zeit als Kaplan in Dornbirn. Daher erfolgte die Verkündigung seiner Seligsprechung 2011 in der dortigen Stadtpfarrkirche St. Martin. Seine Widerstandstätigkeit gegen das NS-Regime fällt jedoch in seine Innsbrucker Zeit. Dabei widersetzte er sich verschiedenen Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen die katholische Kirche. Schließlich veröffentlichte er trotz Verbots eine Todesanzeige für einen Priesterkollegen, wodurch dessen Ermordung im KZ Buchenwald bekannt wurde. Diese Tätigkeiten trugen ihm mehrfach Verhaftungen und Gauverbot ein. Dadurch kam er zwischenzeitlich nach Stettin (heute Polen). Die Denunziation eines Spitzels führte 1943 zu seiner neuerlichen Verhaftung, Verhören unter Folter und einem Prozess vor dem Reichskriegsgericht in Halle an der Saale (Sachsen-Anhalt). Im dortigen Zuchthaus Roter Ochse wurde Lampert am 13. November 1944 durch das Fallbeil hingerichtet.

Zum 80. Jahrestag dieses Ereignisses fanden nunmehr Gedenkveranstaltungen und Ehrungen statt. Da Lampert einige Jahre im Benefiziatenhaus der Innsbrucker Pfarre Marienhilf lebte und auch wirkte, wurde im November in der Kirche eine Ausstel-



lung unter dem Titel „Carl Lambert – Leben und Zeugnis“ gezeigt. Diese wurde vom Carl Lambert Forum Vorarlberg organisiert. In diesem Rahmen setzte sich ein Vortrag Gisela Hormayrs mit der Verfolgung der katholischen Kirche Tirols in der NS-Zeit auseinander.

In einem feierlichen Festakt wurde am 13.11.2024 die Benennung des Kirchenvorplatzes in „Dr.-Karl-Lampert-Platz“ vollzogen. Den entsprechenden Antrag hatte der Innsbrucker Stadtsenat bereits im März gestellt. Die Veranstaltungen fanden auch ihren medialen Niederschlag. So berichtete darüber die „Tiroler Tageszeitung“ in einem ausführlichen Artikel am 13. November. Darin werden auch die Auseinandersetzungen Lamperts mit NS-Gauleiter Franz Hofer erwähnt. Wie die Zeitung berichtet, vergaß Diözesanbischof Hermann Glettler bei einer Predigt im Dom zu St. Jakob aber auch nicht, neben Lampert auf weitere „herausragende Personen“ hinzuweisen, die 1944 wegen ihrer Glaubensüberzeugung Opfer der NS-Diktatur geworden waren. Dabei erwähnte er die Trinitarier-Schwester Angela Autsch in Mötz und den Laienbruder Gereon Außerlechner, die in Auschwitz bzw. in Dachau verstorben waren.

Österreich 1945

Kontinuitäten in der Justiz

Unter dem Titel „Man kann sie direkt sterben hören“ befindet sich seit Ende Juni 2024 eine Dauerausstellung zu den Themen Widerstand gegen das NS-Regime, Nationalsozialistische Unrechtsjustiz und Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur nach dem Krieg in Österreich im Vorraum zur Gedenkstätte (ehem. Hinrichtungsraum während der NS-Zeit, im Erdgeschoss des Landesgerichtes für Strafsachen Wien). Ausstellung und Gedenkraum sind während der gerichtlichen Öffnungszei-

ten frei zugänglich. Termine öffentlicher Führungen können der Website des Landesgerichtes für Strafsachen Wien entnommen werden.

Bundesministerin für Justiz Dr. Alma Zadić betonte bei Ausstellungseröffnung am 25.6.2024: „Es ist das Vergessen, das eine Wiederholung erst ermöglicht. Und eine Wiederholung des Grauens der NS-Zeit dürfen wir niemals zulassen. Die Justiz ist ein Spiegel, in dem sich das soziale und politische Gefüge einer Gesellschaft zeigt.

Die Justiz ist stets ein Gradmesser für Rechtsstaatlichkeit. Es ist ihre Aufgabe stark und belastbar das Recht des Einzelnen zu schützen und der Demokratie – und damit den Menschen – zu dienen.“

bzw. unterstützten es tatkräftig. Jene mit NS-Parteimitgliedschaft wurden 1945 zunächst außer Dienst gestellt, allerdings ermöglichte die „Minderbelastetenamnestie“ 1948 auch im Bereich der Justiz die Wieder-



Der Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) Dr. Andreas Kranebitter sprach die Rolle der Justiz vor und nach der NS-Zeit an: „Die NS-Justiz war ein Instrument der Diktatur. Sie kannte keine Unabhängigkeit, keine rechtsstaatlichen Grenzen, sie bot niemandem ein faires Verfahren. Nach 1945 gelang es Juristen oft, sich hinter dem Rechtspositivismus zu verstecken und die Verbrechen auf Polizei und SS abzuwälzen, als wäre die Justiz nicht ebenso am staatlich organisierten Massenmord beteiligt gewesen. Dabei stehen auch innerhalb der Justiz die vielen Beispiele derer, die sich anpassten oder freudig mitmachten, die nicht zur Verantwortung gezogen wurden und in der Nachkriegszeit ihre Justizkarrieren fortsetzten.“

Unmittelbar vor dem Anschluss 1938 gehörten 60 % der rund 1.600 Richter und Staatsanwälte in Österreich der hier ab 1933 verbotenen NSDAP an. Über 85 % blieben während der NS-Zeit im Amt und arrangierten sich mit dem NS-Regime

einstellung vieler ehemaliger Nationalsozialisten und die Fortsetzung ihrer Karrieren.

Zur Wanderausstellung „Die Rosenberg – Das (dt.) Bundesjustizministerium im Schatten der NS-Vergangenheit“ sagte der deutsche Botschafter in Wien Vito Cecere: „Jurist*innen tragen als aktive Vertreter*innen des Rechtsstaats einen Teil der Gesamtverantwortung für dessen Erhaltung und Gestaltung sowie für den Wertekanon, für den er steht. In der NS-Zeit erlebten Deutschland und Österreich die schrecklichen Folgen des Abgleitens. „Furchtbare Juristen“, um den von Ingo Müller geprägten Begriff zu zitieren, hatten ihren Anteil daran. Und später auch daran, dass die Täter nach dem Krieg gedeckt wurden. Die Ausstellung ist nachdenkliche Mahnung und Aufruf, insbesondere an Jurist*innen, ihrer besonderen Verantwortung für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie nachzukommen.“

Friedrich Forsthuber,
Präsident des Landesgerichtes
für Strafsachen Wien

Landesgericht für Strafsachen und Namensmauer – Führungen 2025

An jedem ersten Dienstag im Monat (außer im Februar und August) finden 2025 Führungen im Landesgericht durch den Gerichtspräsidenten statt, wobei neben der Gedenkstätte (an während der NS-Diktatur erfolgte 1.200 Hinrichtungen, darunter mehr als 600 Widerstandskämpfern/innen) samt Dauerausstellung im Vorraum (mit den Themen Widerstand, nationalsozialistische Unrechtsjustiz und mangelhafte Auseinandersetzung mit der NS-Zeit nach dem Krieg) auch die Namensmauer im nahen Ostarrichipark (die an mehr als 65.000 vom NS-Regime ermordete österreichische Jüdinnen und Juden erinnert) besichtigt werden. Die Namensmauer erklärt Hannah Lessing, Vorstand des Nationalfonds.

**Treffpunkt für die unentgeltlichen Führungen jeweils um 15.00 Uhr (pünktlich) nach der Zutrittskontrolle
Gerichtseingang 1080 Wien, Landesgerichtsstr. 11
an den Dienstagen: 7.1., 11.2., 4.3., 1.4., 6.5., 3.6.,
1.7., 2.9., 7.10., 4.11. u. 2.12.**

**Anmeldungen via Haus der Geschichte Österreich:
<https://hdgoe.at>**

Nachfragen: friedrich.forsthuber@justiz.gv.at
Der Verein Justizgeschichte und Rechtsstaat möchte einer breiten Öffentlichkeit die Werte von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaat durch Ausstellungen, Diskussionen, Führungen, Unterrichtsmaterialien nahe bringen. Weitere Informationen und Unterlagen: www.justizgeschichte-rechtsstaat.at oder auf der website des Landesgerichtes für Strafsachen Wien

Nationalratswahl 2024

– Versuch einer Analyse

Am 29. September wurde der österreichische Nationalrat neu gewählt. Schon im Vorfeld wurde die politische Auseinandersetzung stark dramatisiert, da eine grundlegende Änderung der Parteienkonstellation erwartet, erhofft oder befürchtet wurde. Nun – die bisherige Oppositionspartei FPÖ konnte tatsächlich eine relative Mehrheit erringen, und die beiden ehemaligen gestaltenden Kräfte der Zweiten Republik – ÖVP und SPÖ – sind zu soliden Mittelparteien geworden. Trotzdem klafft das Zahlenverhältnis nicht so stark auseinander wie prognostiziert, und die Volkspartei wurde weiterhin mit der Regierungsbildung beauftragt.

In der letzten Ausgabe des „Freiheitskämpfers“ hat unser Obmann Dr. Norbert Kastelic Gedanken zur damals gerade anstehenden NRW veröffentlicht. Natürlich hat er versucht, für unsere ÖVP Stimmung zu machen. Es war eine Darstellung der seriösen Regierungsarbeit, mit ihren oft nicht genug beworbenen Maßnahmen, wie etwa die Abschaffung der sogenannten „kalten Progression“. Auch der Vergleich mit der Tätigkeit und Wahlwerbung anderer Mitbewerber kommt zu diesem Schluss.

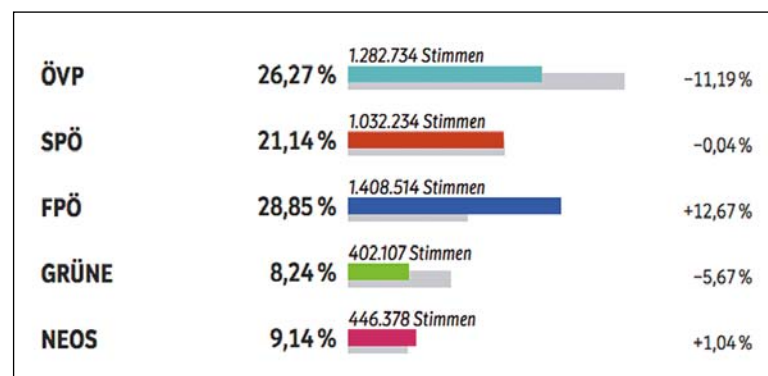
Das Ergebnis der NR-Wahl soll daher genau betrachtet werden. Für die weitere politische Arbeit ist es wichtig, Fehler der Vergangenheit zu erkennen, und möglichst kompetente Lösungen für aktuelle Probleme anbieten zu können. Bei dieser Analyse blicke ich daher nicht nur auf das vorliegende Zahlenwerk, sondern beachte auch diverse Umfragen, journalistische Kommentare, und natürlich auch persönliche Kontakte.

Die Freiheitlichen Partei überholte ihre Konkurrenten und kam auf den ersten Platz. Die Wende ist aber bei weitem nicht so stark wie prophezeit und von vielen befürchtet. Sie hat die 30%-Marke nicht überschritten und ihr Vorsprung zur ÖVP beträgt 2,6 Prozentpunkte. Den

Freiheitlichen unter der Führung von Herbert Kickl ist zweifellos das Ansprechen der Unzufriedenen und der Protestwähler aus allen Bereichen gelungen. Dabei sollte man aber beachten, dass die SPÖ ihrer Oppositionsrolle nur sehr unzureichend nachgekommen ist. Im Gegenteil – man hat Unzufriedene selbst kritisiert. Zur Illustration zwei Beispiele: Einen Arbeiter, der mit den Pendlerkosten seines Autos

stärkt noch diesen Eindruck. In den industriestarken Ländern Steiermark und Oberösterreich liegt die FPÖ, so wie in Kärnten und im Burgenland, voran. Meiner Meinung nach war es vor einigen Jahren noch unvorstellbar, dass im Mur- und Mürztal, z.B. in Bruck an der Mur, die Sozialdemokratie ihre Mehrheit verliert. Ähnlich ist die Situation in den früheren sogenannten Arbeiterbezirken in Wien, denn auch hier wurden die Freiheitlichen stimmenstärkste Partei. Insgesamt konnte die SPÖ – vermutlich durch die hohen Verluste der Grünen – noch ihre Mehrheit erhalten. Wien bleibt damit das einzige linke Bundesland.

Warum mache ich mir diese Gedanken über den Zustand der SPÖ, anstatt mit der Abwanderung ihrer Wähler zufrieden zu



WAHLERGEBNIS vom 29.09.2024

Wahlbeteiligung: 77,7 %

Quelle: Bundeswahlbehörde, auf Nationalratswahl 2024 – news.ORF.at

nicht zufrieden ist, als Klimazweifler zu bezeichnen oder eine Familie, die mit den Zuständen in vielen städtischen Pflichtschulen unglücklich ist, und für ihre Kinder private Schulen zahlen muss, als fremdenfeindlich zu bezeichnen, führt diese Menschen eben zur Protestwahl. Ein Blick auf die Bundesländer ver-

sein? Nun, in wenigen Wochen sind wir wahrscheinlich Koalitionspartner und stellen den Bundeskanzler. Wir tragen dann also die Hauptverantwortung für das politische Geschehen. Will man zukünftig einen noch stärkeren Wählerwechsel zur FPÖ vermeiden, darf sich die Arbeit und Wirtschaft belastende Poli-



Die erste Hochrechnung erscheint am Monitor

Aufnahmedatum: 29.09.2024

tik, die menschliche Tagesprobleme gar nicht zur Kenntnis nehmen will, keinesfalls fortsetzen. Vielmehr müssen Lösungen angeboten und umgesetzt werden. Zur Überwindung der Wirtschaftskrise und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel, sollten nach meiner Meinung die Sozialpartner für praktikable und seriöse Lösungsmodelle herangezogen werden.

Interessant ist auch die nähere Betrachtung der Wählerstrukturen.

Frauen wählen in höherem Ausmaß SPÖ als ÖVP. Hingegen werden die Freiheitlichen nunmehr von beiden Geschlechtern gleich stark gewählt. Die Altersgruppen sind insofern von Bedeutung, weil Personen im Erwerbsalter doch stark zur FPÖ tendieren. Das bestätigt wohl meine vorherige Interpretation zum Thema Industriegebiete. Weit vorn liegt die ÖVP bei den älteren Mitbürgern. Hier hat sich wohl die Abfederung der Inflationswelle für die Pensionisten gelohnt. Auch Personen, die län-

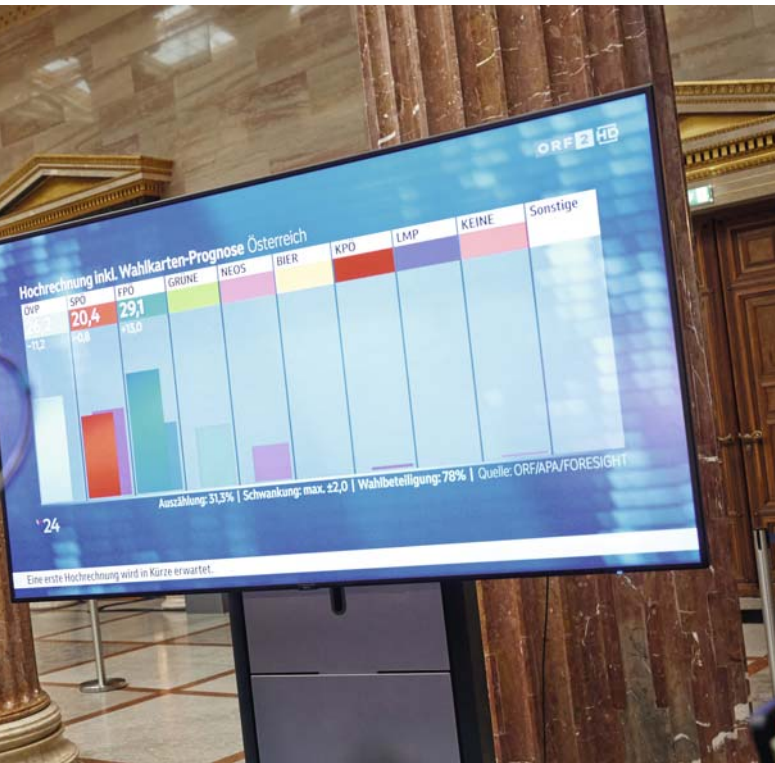


Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

ger arbeiten wollen, sollten begünstigt werden. Arbeitende Menschen darf man gerade in

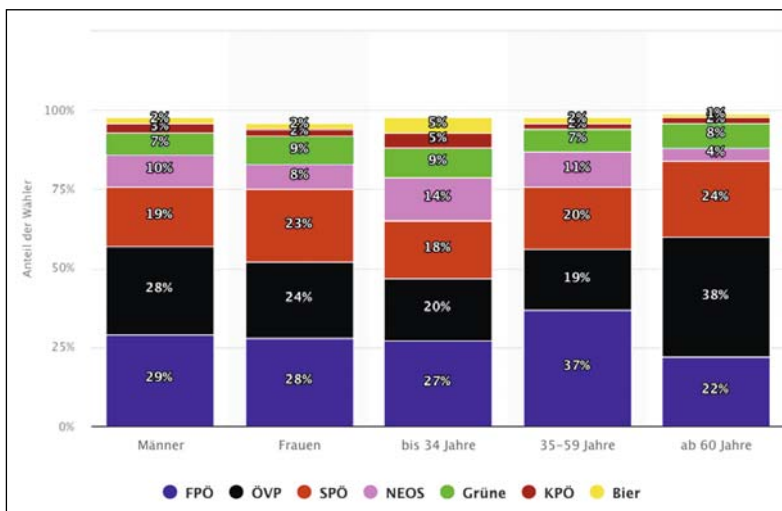
der derzeitigen Krise nicht stärker belasten. Zum Beispiel kann man sie nicht auffordern, Voll-

zeit zu arbeiten und dann höher besteuern.

Einzelne, durchaus auch ältere Wähler und Gruppen wechseln heute stärker als früher, wenn sie dadurch Kritik üben oder protestieren können. Ein kleines Beispiel dafür ist für mich das Wahlergebnis in Textingtal, wo Innenminister Gerhard Karner der linken Geschichtsinterpretation durch Auflösung des Dollfuß-Museums nachgekommen ist. Dort hatte die ÖVP bei der NRW ein Drittel und bei der vorangegangenen Landtagswahl doppelt so hohe Verluste im Vergleich zu anderen Gebieten. Ja, wenn man für die jungen Wähler zu wenig attraktiv ist, und überdies die Stammwähler verärgert, sind diese eben auch weg!

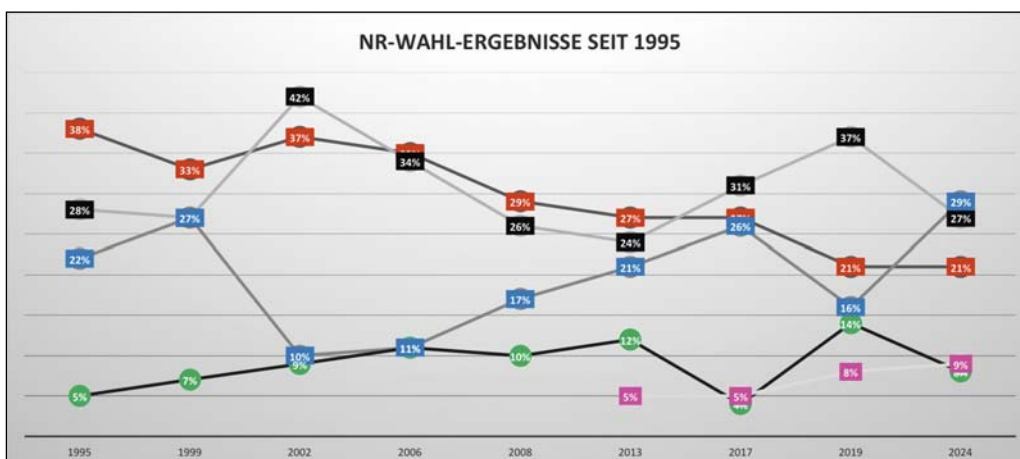
Eine noch so wichtige Wahl ist doch immer nur eine Momentanalyse. Daher noch ein abschließender Blick auf die NRW-Ergebnisse der letzten beiden Jahrzehnte.

Grüne und Neos bleiben offenbar meist unter 10%, können aber als Koalitionspartner gebraucht werden. Aus



Wahlverhalten Männer/Frauen/ Altersgruppen

Quelle: Österreich – Wahlverhalten bei der Nationalratswahl nach Geschlecht und Alter 2024 | Statista



meiner Sicht sollte die Entwicklung der Neos beachtet werden: Wirtschaftlich interessiert, aber gesellschaftspolitisch linksliberal.

Bei der SPÖ zeigt sich seit 1995 fast eine Halbierung ihres Wähleranteils aufgrund langsam, aber konstant sinkender Wahlergebnisse. Die ÖVP ist mit ihren annähernd 27 Prozent fast beim Ergebnis von 1995 mit dazwischen liegenden Höhepunkten. Beim Verlust dieser Höhepunkte (schon 1970, dann 2006) oder auch später (2021) ist der jeweilige Parteiobmann immer rasch ausgetauscht worden, so als ob uns die Sache ohnehin nicht ganz geheuer wäre. Und das anstelle eines neuerlichen Versuchs, wieder eine klare Mehrheit zu erringen.

Die FPÖ hat heute mit knapp unter 29 Prozent eine relative Mehrheit errungen. Die neun Wahlen seit 1995 lieferten aber ein beachtliches Auf und Ab. Bei Regierungsbeteiligungen nach guten Erfolgen, hat sie sich mehr oder minder selbst aus dieser Tätigkeit hinausgedrängt. Anders als etwa in den Bundesländern Oberösterreich und Vorarlberg, ist die Regierungsarbeit für die hohe Zahl von Protestwählern eben nicht attraktiv. Neue Protestwähler gewinnt man dann, wenn die Regierung unpopulär und links ausgerichtet ist- zuerst mit der SPÖ und jetzt noch viel stärker mit den Grünen. Bei der kommenden Koalition und ihrem Programm sollte daher an den eingangs erwähnten Wahlwunsch von Dr. Kastelic gedacht werden: Stärkung der Mitte und damit der christlich-demokratischen, konservativen und bürgerlichen Weltanschauung!

WT ■

NR-Wahl von 1995 bis 2024

Quelle: Bundeswahlbehörde 1995 – 2024, eigene Zusammenstellung

Gedenkstatue für Maria Stromberger

Zu einer beeindruckenden Veranstaltung wurde am 18. Oktober die Enthüllung der zu ihren Ehren erstellten Gedenkstatue am Rastplatz an der Flattnitzer Landesstraße, km 16,1 bei Flattnitz (Kärnten).

Diese wurde vom akademischen Bildhauer und Maler Mag. art Wolfgang Stracke wunderschön aus Granitstein gestaltet, der bei Sonnenschein in die Gegend leuchtet. Alles wurde dabei von unserer Landesorganisation unter Leitung des Landesobmannes Franz Quendler vorbereitet und organisiert.

Dafür gilt unser besonderer Dank und Hochachtung. Daher hat die ÖVP Kameradschaft auch erhebliche Mittel für die-

ses Projekt bereitgestellt.

Von den fast 200 Anwesenden seien ausdrücklich genannt: **S.E. Diözesanbischof Dr. Josef Merkatz**

Prof. Herwig Hösele, Vorsitzender des Kuratoriums des Zukunftsfonds der Republik Österreich

LH-Stv. von Kärnten Martin Gruber

Zahlreiche Bürgermeister der umliegenden Gemeinden.

Alle Teilnehmer der Veranstaltung waren von der hervorragenden Organisation durch unseren Landesverband beeindruckt.

Die Bundesorganisation war durch Bundesobmann-Stv. Gabriele Wagner und Bundesobmann Dr. Norbert Kastelic vertreten. **NK ■**



V.l.n.r.: Kuratoriumsvorsitzender des Zukunftsfonds BR-Präs. a.D. Prof. Herwig Hösele, Bgm. Hans Fugger (Gemeinde Glödnitz), Bgm. Peter Grabner (Marktgemeinde Metnitz), LHStv. Martin Gruber (Kärnten), Diözesanbischof Dr. Josef Merkatz (Diözese Gurk-Klagenfurt), DI Alexander Petritz (Obmann Memorial Kärnten-Koroška), LO-Stv. HR Dr. Rudi Dörflinger (Kameradschaft), Dr. Winfried Garscha (KZ-Verband), BO Dr. Norbert Kastelic (Kameradschaft) und LO Franz Xaver Quendler (Kameradschaft)

Auszug aus der Gedenkrede von HR Dr. Rudolf Dörflinger:

„Was ich tat, war Menschenpflicht“, antwortet Maria Stromberger am 4. März 1953 dem Präsidium des KZ-Verbandes auf dessen Entscheidung, ihr die Ehrenmitgliedschaft zuzuerkennen. Es war dies die einzige Ehrung der parteipolitisch völlig desinteressierten und sehr gläubigen Katholikin, die ihr zu Lebzeiten zuteilwurde, und man kann dem damals KPÖ-affinen KZ-Verband für seine alle weltanschaulichen Gräben überspringende Geste der Solidarität und Anerkennung auch heute noch nicht genug dankbar sein!

...

Wie sah und lebte ... Maria Stromberger die von ihr erkannten Menschenpflicht? Sie organisierte für die KZ-Häftlinge Medikamente und Nahrungsmittel, sie beförderte illegal Post

und schmuggelte für den lagerinternen Widerstand wichtige Informationen aus dem Lager. Aus Eigeninitiative, ohne dass sie darum gebeten wurde, brachte sie von einem Heimaturlaub Waffen und Munition ins Lager und übergab sie der dortigen Widerstandsgruppe. Sie pflegte heimlich kranke KZ-Häftlinge. Edward Pys, Mitglied einer studentischen Widerstandsgruppe aus der heutigen Klagenfurter Partnerstadt Rzesow rettete sie am Höhepunkt einer Typhusepidemie das Leben, indem sie ihm im SS-Revier in einer verschließbaren Kammer in einer Badewanne versteckte.

...

In Polen löste die Inhaftierung Strombergers einen Aufschrei aus. „Rettet Schwester Maria“ titelte die Tageszeitung

„Krakauer Echo“ und Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz, ebenso wie Echo-Chefredakteur Tadeusz Holuj, ein ehemaliger Häftling in Auschwitz, intervenierte in Paris, was nach fast halbjähriger Haft am 23. September 1946 zur Freilassung Strombergers führte. In einem Brief unmittelbar nach ihrer Enthaftung an die Verlobte von Edward Pys schrieb Stromberger: „Liebes Fräulein Eva! Zu danken haben sie mir nichts. Es war meine moralische Verpflichtung als Mensch für Leidende etwas zu tun, welche durch meine Nation in diese Situation gebracht worden sind. Und ich bin doch Schwester!!!“

...

Maria Stromberger hat, wohl auf Basis ihres Glaubens, für sich entschieden, dass es ausschließlich ihr eigenes Gewissen ist, dem sie Gehorsam schuldet.

...

Maria Stromberger war ein Mensch, der nicht nur nicht wegschaute, oder die Augen zumachte; nein, sie schaute hin und wollte es wissen. Ein erstes Mal ist sie wohl als Krankenschwester im Klagenfurter Krankenhaus mit den NS-Verbrechen konfrontiert worden. Die verarmlosend als Euthanasie bezeichneten Morde an psychisch Kranken und behinderten Menschen forderten in Kärnten zwischen 1939 und 1945 ungefähr 1.350 Todesopfer, die

allesamt im Klagenfurter Krankenhaus sich vor ihrer Ermordung auf Schloss Hartheim bei Linz aufhielten.

...

Nach einem Jahr in Klagenfurt ließ sich Maria Stromberger in das Krankenhaus in Lienz versetzen. Hier hörte sie Fieberträume von verwundeten Soldaten, was sie bewog, sich nach Königshütte/Chorzow in Oberschlesien versetzen zu lassen.

Beim Prozess gegen den Auschwitzer Lagerkommandanten Rudolf Höss, bei dem sie eine der entscheidenden Zeuginnen war, gab Maria Stromberger zu Protokoll: „Die Versetzung geschah auf meinen Wunsch hin. Weil ich in meiner Heimat Gelegenheit hatte, Verschiedenes darüber zu hören, was im Osten geschah, wollte ich mich überzeugen, ob die Erzählungen der Wahrheit entsprachen, denn als alte Österreicherin konnte ich das nicht glauben, wir waren immer tolerant und human.“ Ihrer Schwester, die sie von ihrem Versetzungswunsch abbringen wollte, gab sie zur Antwort; „Ich will sehen, wie es wirklich ist, und vielleicht kann ich auch was Gutes tun?“ „Andere stellten sich blind und taub, wenn sie etwas erfuhren, Maria Stromberger suchte die Wahrheit“, schrieb der ehemalige Auschwitzer-Häftling Hermann Langbein. In Königshütte wurden zwei Insassen von Auschwitz, die das Glück hatten, bei Außenarbeiten zu erkranken, ins Krankenhaus eingeliefert. In Fieberphantasien schrien sie sich Ungeheuerliches von der Seele. Maria Stromberger stellte sie Wochen später zur Rede und bekam als Antwort: „Schwester, wenn Sie Ihr Leben und unseres lieben, dann erwähnen Sie von diesen Dingen nichts. Das ist alles wahr.“ Damit war für Strom-

berger klar, sie lässt sich nach Auschwitz versetzen.

...

Wir können nur ahnen, warum Maria Stromberger so anders als die meisten Menschen auf ihre Erlebnisse reagierte. In die Wiege gelegt wurde es ihr nicht. Sie kam am 16. März 1898 als letztes von insgesamt neun Kindern im langjährigen Gasthaus vlg. Lederer, Metnitz 13, welches ihrer Mutter Maria, geborene Lapeiner, gehörte, zur Welt. Die Ledererbehausung hat heute die Adresse Untermarkt 27. Der mütterliche Großvater Maria Strombergers, der Tischlermeister Bartlmä Lapeiner wanderte aus Veldes in Krain, dem heutigen slowenischen Bled, zu. Der Vater, Franz Serafin Stromberger wuchs am Bergbauernhof vlg. Deutzer in Laas, Gemeinde Glödnitz, auf. Sein Bruder Hans übernahm vom gemeinsamen Vater Jakob Stromberger 1887 den elterlichen Betrieb und verkaufte ihn 1894 an Anton und Anna Bischof, um dann beim Kreuzwirt in Glödnitz als Moar sein Brot zu verdienen; sein Sohn Barnabas kaufte 1913 das mit einer Landwirtschaft verbundene Gasthaus vlg. Leutgeb in Altenmarkt, dessen ältester Bruder Nikolaus wurde Schmied in Metnitz.

...

Bereits ein Jahr nach Marias Geburt zogen die Eltern von Metnitz weg und übernahmen einen Gasthof samt Brauerei in Emmersdorf in der heutigen Gemeinde Nötsch.

...

1910, Maria ist 12 Jahre jung, tritt Franz eine Verwalterstelle am Schöttelhof im Krappfeld an. Gutsherr war dort Simon Rainer, auch Mitglied des Kärntner Landtages und Bürgermeister der Gemeinde Krasta, wie die heutige Gemeinde Kappel damals hieß. Hier am Schöttelhof ster-

ben 1917 Mutter Maria und 1937 Vater Franz Serafin. Es war eine von niemandem in der Familie, auch von ihr nicht, hinterfragte Selbstverständlichkeit, dass Mitzerl, wie das jüngste Familienmitglied kärntnerisch genannt wurde, beide Elternteile in deren Krankheit bis zum Sterben betreute und begleitete. Das Ableben des Vaters gab ihr dann die Möglichkeit, auf Vermittlung ihrer mittlerweile in Vorarlberg lebenden Schwester Karoline, mit 40 Jahren den Beruf einer Krankenschwester zu erlernen. Dieser Beruf wird zu ihrer Berufung und führt auch zu ersten Irritationen ihres Wertekompasses mit der mittlerweile nationalsozialistisch geprägten österreichischen Lebensrealität.

Maria hatte nach dem Krieg nicht mehr die Kraft als Krankenschwester zu arbeiten. Sie fühlte sich leer und ausgebrannt. Nach Versuchen, als Masseurin bei ihrem Neffen in Krumpendorf und als Köchin in St. Gallen in der Schweiz, beruflich wieder Fuß zu fassen, kehrt sie Ende Oktober 1948 zu ihrer Schwester nach Bregenz zurück und nimmt eine Arbeit als Nachseherin bei der Textilfabrik Benger auf. Am 18. März 1957 stirbt Maria Stromberger an einem Herzinfarkt. Auf ihrem ausdrücklichen Wunsch wird ihr Leichnam in Lindau verbrannt.

...

Das Verbrennen des Leichnams in den Vernichtungslagern war eine zusätzliche Peinigung strenggläubiger Jüdinnen und Juden. Man kann nur vermuten, dass die gläubige Katholikin Stromberger selbst noch im Tod ein Zeichen der Solidarität mit den Opfern des Nationalsozialismus setzen wollte.

Die angebotene polnische Staatsbürgerschaft lehnt sie ab, und so blieb die Ehrenmitglied-

schaft im KZ-Verband ihre einzige Auszeichnung. Nach ihrem Tod wurde ihr mutiges menschliches Handeln bekannt und anerkannt. So sind in Bregenz und Graz Gassen nach ihr benannt, die in der steirischen Landeshauptstadt trägt erst seit 1. Februar dieses Jahres ihren Namen. Im Vorarlberger Sanatorium Mehrerau, wo sie zur Krankenschwester ausgebildet wurde und auf Kloster Wernberg, wurden Gedenktafeln für sie angebracht. Zu ihrem 50. Todestag hielt man im Bregenzer Landhaus eine Gedenkveranstaltung ab, und zum 60. Todestag wurde sie vom deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier gewürdigt. Die amerikanische Professorin Susan Benedict schrieb 2004 in der „nurse history review“ einen Artikel über Maria Stromberger, in dem sie ihre Bedeutung mit der von Florence Nightingal gleichsetzt. Von 1978 bis 2013 steht sie im Fokus einer österreichischen Dokumentation in Auschwitz. Hermann Langbein setzt ihr in seinen Büchern ein erstes literarisches Denkmal. Von den Filmen, Büchern und Theaterstücken über sie seien nur die ORF-Dokumentation „Maria Stromberger – Kann man nach Auschwitz noch glauben?“ das grundlegende Buch von Harald Walser, welches auch Basis dieser Rede ist und das heuer im Vorarlberger Landestheater uraufgeführte Stück „Stromberger oder Bilder von allem“ genannt.

...

Ich schließe mit einem Zitat von Edward Pys aus seinem Kondolenzschreiben an Marias Schwester Karoline Greber: „Den Tod von Schwester Maria empfinde ich, als ob meine Mutter gestorben wäre. Sie war ein Engel in der Hölle von Auschwitz.“



Gedenken am 25. Oktober 2024

Die Novembergedenken zum Andenken an die Opfer der NS-Herrschaft fanden am Freitag, den 25. Oktober 2024:

Im Amtshaus Floridsdorf Am Spitz, 1210 Wien gedachte man der kurz vor Kriegsende an der „Operation Walküre“ zur möglichst unbeschädigten Befreiung Wiens Hingerichteten Biedermann, Huth und Raschke.



Am Morzinplatz – 1010 Wien, wo bis 1945 das Hotel Metropole stand, befand sich ab 1938 die Gestapozentrale Wien. Hier galt es der zahlreichen Opfer, die in diesem Gebäude zu Tode gekommen waren, zu gedenken.

Die Gedenkveranstaltung im Hinrichtungsraum im Landesgericht für Strafsachen – 1010 Wien, Landesgerichtsstraße 6 wurde von ÖVP Kameradschaft organisiert. Dabei hielt der frühere Präsident des Stadtschurlrats für Wien, Dr. Kurt Scholz, eine vielbeachtete Rede.



Auszug aus der Rede von Dr. Kurt Scholz:

Der Analphabet und der Akademiker

Lotte Kaluzik an Adolf Hitler, 2. März 1944:

„In meiner Sorge um meinen Vater wende ich mich an Sie, mein Führer. Nachdem ich in der Schule und auch von meinen Eltern lernte, wie vielen

Menschen sie schon aus großer Not geholfen haben, bitte ich Sie, auch mir zu helfen. Meine Mutti sagte mir, dass mein Vater nie mehr nach Hause kommen sollte. Ich bin elf Jahre alt und mein Bruder ist neun Jahre alt und wir können uns das nicht vorstellen, dass wir nun keinen Vater haben sollen, der doch immer so gut und lieb zu uns war.

Und so bitte ich sie, mein Führer, auf das Innerlichste, bitte helfen Sie unserem Vater, dass er wieder zu uns zurückkommen kann. Ich verspreche Ihnen, mein Führer, für diese Hilfe ewige Dankbarkeit.

Mein Vater heißt Kaluzik Karl und ist in Wien im Landesgericht, Senat fünf, verurteilt worden.“

Karl Kaluzik, Tischlergehilfe, gab sich in den Verhören als Analphabet aus, um dem Hochverratsvorwurf zu entgehen. Seine Briefe aus dem Gefängnis ließ er von Zellenkameraden schreiben. So auch seinen Brief an seine Frau Fini vom 2. Juli 1944.

Sei innig bedankt für alle deine Liebe! In herzlichem

Gedenken grüße ich alle lieben Verwandten und Bekannten. Dir, liebste Fini, und den Kindern sendet, im Geiste Euch umarmend und küssend, seine innigsten Grüße dein Karl.

In der Todeszelle E 44 war er auch mit Jakob Kastelic zusammen, der auch für ihn einen Brief geschrieben hat.

Dann fügte Kastelic am Ende noch einige persönliche Zeilen an die Frau seines Zellengenossen, hinzu: „*Der Schreiber und Zellengenosse dankt für Ihre herzlichen Grüße und erwidert sie mit der Bitte, seinen aufrichtigen Dank für Ihr Mitgefühl entgegennehmen zu wollen.*“

Wer waren diese Männer, der vorgebliche – oder wirkliche? – Analphabet und der Akademiker, der für ihn die Briefe schrieb?

Kaluzik: Sein „Verbrechen“ war, dass er bis 1942 monatlich 1.- RM für die Rote Hilfe gespendet hatte. 1943 wurde er verhaftet, Anfang 1944 verurteilt.

Dr. Jakob Kastelic (1897–1944), 12 Jahre älter als sein Zellengenosse, war Christlich-sozialer, 1930 Kandidat für den

Nationalrat, 1933–35 Landesführer Wien der Ostmärkischen Sturmcharen und leitendes Mitglied bis 1938.

Noch im selben Jahr gründete er die Großösterreichische Freiheitsbewegung und suchte Kontakt zu anderen Widerstandsbewegungen in ganz Österreich. Jakob Kastelic hat nicht auf die Moskauer Deklaration gewartet.

Damit, so die Urteilsbeurteilung Anfang 1944, habe er „die innere Tatseite der Vorbereitung zum Hochverrat und der Zersetzung der Wehrkraft verwirklicht“.

Er habe „die Errichtung eines selbstständigen, politisch unabhängigen, geeinten Österreich, befreit vom nationalsozialistischen Irrwahn und die Loslösung der Donau- und Alpengebiete vom Reich“ angestrebt.

Ein besonders Gefährliches, denn sonst hätte man nicht hinzugefügt, dass er als „führender Kopf den Mitgliedern der Großösterreichischen Freiheitsbewegung geistig überlegen war“.

Die Zellengenossen Kaluzik und Dr. Kastelic repräsentieren die Bandbreite des Widerstands

und der Hingerichteten.

Sie warteten nicht auf die Moskauer Deklaration („Österreich ... wie viel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird“) vom Oktober 1943, sondern haben schon vorher und auf unterschiedliche Weise den Kampf für ein freies Österreich aufgenommen.

Ihr Wirken war nicht massenwirksam. Dennoch repräsentierten sie das bessere Österreichertum.

Sie hatten aber noch eine tragische Gemeinsamkeit: Die Verhaftung durch Verrat.

Die Großösterreichische Freiheitsbewegung wurde von einem Gestapo-Spitzel, dem Burgtheaterschauspieler Otto Hartmann, verraten.

Dessen Arbeit lobte der Gestapo-Mann Lambert Leutgeb, bei einem Verhör nach Kriegsende (1948)

„Hartmann war in den monarchistischen Gruppen der österreichischen Freiheitsbewegung verankert und brachte von dort sehr guten und schönen Nachrichten. (Mang, Leutgeb's V-Leute bei der Gestapo, S. 191). Aufgrund dieser Spitzeldienste,

den „guten und schönen Nachrichten“ erhielt Hartmann nicht nur eine Belohnung von 30.000.- RM. Als Konsequenz seiner Denunziationen wurden 450 Personen ausgeforscht, 143 kamen in Haft und wurden angeklagt, zwölf hingerichtet. Auch für Dr. Kastelic endete die Spitzeltätigkeit des Schauspielers mit der Hinrichtung am 2. August 1944, ebenso für Karl Lederer und Roman Karl Scholz. Sie überlebten nicht. Leutgeb und Hartmann schon.

Der Gestapomann Leutgeb wurde Küchenchef des Restaurants Festung Hohensalzburg, bevor er 1960 in Pension ging.

Otto Hartmann, der Spitzel, wurde vom Volksgericht Wien am 22. November 1947 zu lebenslangem schwerem Kerker verurteilt.

1957 begnadigte ihn Bundespräsident Adolf Schärf.

Hartmann, der sich als „schwer krank“ vom Kriegsdienst gedrückt hatte, verstarb 90-jährig, hoch betagt 1994.

Auf dem Grabstein am Hernalser Friedhof liest man „Unvergesslich – unersetzlich“.



Gedenkveranstaltung am 16. November 2024 in Lackenbach (Burgenland) für Roma und Sinti

Aus unserem Präsidium nahmen an dieser Feierstunde Obmann Dr. Norbert Kastelic und Obmann-Stv. Gabriele Wagner sowie der Tiroler Landesobmann Clemens Hornich teil. Auch burgenländische Politiker waren zahlreich vertreten. Die musikalische Umrahmung besorgte das Realgymnasium Oberpullendorf mit einem Chor und Solisten.

Die ARGE Opferverbände legte vor dem Mahnmahl einen Kranz nieder.

Das Lager in Lackenbach war das Zentrum der Verfolgung der Volksgruppe der Roma und Sinti. So wurden im dortigen Konzentrationslager 4.000 bis 5.000 Personen gefangen gehalten. Diese wurden schrittweise nach Auschwitz und andere Todeslager transportiert.

NK ■



Labg Patrick Fazekas, NR Christoph Zarits, 2. Landtagspräsident Walter Temel, Bundesobmann Dr. Norbert Kastelic, 2. Landtagspräsident a.D. Ing. Rudolf Strommer, Sprecher der ARGE der NS-Opferverbände Dr. Winfried Garscha, BM a.D. Präs. DI Nikolaus Berlakovich, Landesobmann Burgenland DI Otto Prieler

Hannes Kammerstätter

Der Staat, den schließlich alle wollten.

Transformation Österreichs mit gelenkter Marktwirtschaft zur sozialen Partnerschaft

Hannes Kammerstätter widmet sich auf annähernd 500 Seiten dem Konzept des österreichischen „Ständestaates“ und jenem Mann, der es in die Realität umzusetzen suchte: Bundeskanzler Engelbert Dollfuß.

Es geht dem Autor nicht darum, eine Biographie in der klassischen Form vorzulegen. Stattdessen konzentriert er sich auf die wesentlichen Aspekte des von Dollfuß geschaffenen Staats- und Gesellschaftsmodells. Dass der Politiker und Mensch Dollfuß dabei immer wieder als zentraler Bezugspunkt in Erscheinung tritt, ergibt sich aus der behandelten Materie quasi von selbst.

Das Buch ist in sechs Kapitel gegliedert, die jeweils eine „These“ aufstellen. Zusammengefasst laufen diese „Thesen“ auf die Quintessenz hinaus, dass Dollfuß' politisches Wirken als Versuch zu verstehen sei, Österreich durch die Transformation von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft eine neue Identität zu geben. Eine dezidiert österreichische Identität, die dem Land Resilienz verleihen sollte gegen die nationalsozialistische Bedrohung. Wesensmerkmal der Transformation sei aber nicht nur ein neues Österreich-Bewusstsein gewesen, sondern der Aufbau neuer staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen. Die solidaristisch ausgeformte berufsständische Ordnung unter autoritärer Führung sollte der Gegenentwurf zum rassistischen Volks- und Führerstaat des Nationalsozialismus sein. Dieses Gegenmodell beinhaltete u. a. auch das Prinzip der Reli-

gionsfreiheit und die Ablehnung des rassistisch begründeten Antisemitismus, wie ihn Hitler und seine Adepten praktizierten. Was wiederum der Grund dafür war, dass die große Mehrzahl der österreichischen Juden dem „Ständestaat“ positiv gegenüberstand. Interessant und eine Würdigung wert auch die „These“, dass sich im heutigen Modell der Sozialpartnerschaft Ansätze finden, die sich auf Dollfuß' berufsständisches Modell zurückführen lassen.

Kammerstätter präsentiert zu Beginn des jeweiligen Kapitels die jeweilige „These“, die in der Folge auf ihre Plausibilität überprüft wird. Dies erfolgt in Form einer weit ausgreifenden Darstellung der historischen Rahmenbedingungen. Ebenso spürt der Autor den geistigen und ideologischen Grundlagen des politischen Geschehens der 1920er- und 1930er-Jahre nach. Verpackt in die einzelnen Kapitel wird der Ereignisverlauf von der Zerstörung der parlamentarischen Demokratie 1933 über den Schutzbundaufstand im Februar 1934 bis zum NS-Putsch im Juli 1934 nachgezeichnet. Ebenso wird etwa mit dem Geschehen im Februar und März 1938 verfahren. Aber auch Dollfuß' Wirken davor, als Gründer der Landwirtschaftskammern, als Landwirtschaftsminister und Agrarexperte, wird nicht vergessen.

Minutiös geht Kammerstätter auch auf politische Protagonisten der zweiten und dritten Reihe ein, auf Ideengeber und Publizisten, die den damaligen Diskurs prägten. Auch wird intensiv auf zeitgenössische Quellen zurückgegriffen, wobei diese im originalen Wortlaut nachzulesen sind. In nachgerade überwältigender Menge finden sich Zeitungsberichte, die ein umfassendes Bild der veröffentlichten Meinung der Epo-

che zeichnen. Ein Meinungsbild, das sich deutlich von jenem unterscheidet, das z.B. Redakteure öffentlich-rechtlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten erschaffen, wenn sie über die Regierungsdiktatur von Engelbert Dollfuß zu berichten versuchen.

Eine weitere Stärke des Buchs besteht im Beleuchten von Themen, die im aktuellen Diskurs ignoriert werden. Als Beispiel sei die Haltung der österreichischen Juden zu Dollfuß und seinem Staatsmodell genannt. Mit Ausnahme jener wenigen, die sich politisch links verorteten, sahen sie in ihm eben nicht den „Arbeitermörder“ und Antidemokraten, sondern das letzte Bollwerk gegen Hitler. Exemplarische Beiträge aus den jüdischen Leitmedien der Zeit, die diese Perspektive widerspiegeln, finden sich im Buch abgedruckt.

In einem Kapitel geht der Autor auch auf die selektive Dollfuß-Betrachtung ein, wie sie heute von zahlreichen österreichischen Zeithistorikern praktiziert wird. Die Faschismus-Definitionen international anerkannter Wissenschaftler wie Griffin, Paxton und Payne werden vorgestellt. Wenig überraschend stellt Kammerstätter fest, dass der „Ständestaat“ die meisten der notwendigen Kriterien nicht erfüllte. Ihn dennoch als „Faschismus“ zu denunzieren sei, so der Autor, eine „Verharmlosung des nationalsozialistischen Menschheitsverbrechens 1933-1945“ und damit „Desinformation pur“.



**480 Seiten, Hartcover,
49 Euro, Eigenverlag
Dr. Hannes Kammerstätter,
Wieselburg 2024**

**Das Buch kann bei
Dr. Hannes Kammerstätter
bestellt werden.**

**Kontakt:
bauxberg2@gmx.at**

Christoph H. Benedikter ■

Exkursion nach Gusen und Kuratoriumssitzung unserer Kameradschaft vom 10.–12. Oktober 2024 in Grein

Nach gelungener Vorbereitung durch unser niederösterreichischen Landesobmann Prof. Mag. Johannes Legler und unser Wiener Sekretariat trafen alle angemeldeten Teilnehmer pünktlich zum Abendessen am Donnerstag, 10.10., im beeindruckenden Hotel Aumühle in Grein ein.

Am Freitag stand eine gemeinsame Exkursion auf dem Programm. Zuerst wurde das Konzentrationslager Gusen besucht. Zunächst ein paar Daten zu diesem Zweiglager von Mauthausen: Im Mai 2004 wurde direkt neben dem Memorial Gusen ein neues Besucherzentrum der Öffentlichkeit präsentiert. Bei den Bauarbeiten stieß man auf Fundamentreste der ehemaligen Krematoriumsbaracke, welche heute den Kern der Ausstellung bilden. Durch eine Aussparung im Boden wurden diese Reste für die Besucher sichtbar gemacht. Verschiedene Texte, Fotos und Dokumente skizzieren

die Geschichte des Krematoriums. Ausgehend von diesen physischen Überresten wird versucht, den Besuchern die Topographie des ehemaligen Lagers und dessen Einbettung in das regionale Umfeld zu vermitteln.

Anhand der vom „Erkennungsdienst“ der SS angefertigten Fotos von den Aufbauarbeiten am Lager Gusen dokumentiert ein weiterer Ausstellungsteil dessen architektonische Entwicklung. Die hier präsentierten Bilder vom Lageraufbau bezeugen die Gewalt des Raumes über die Häftlinge und deren Unterwerfung unter die funktionalen Vorgaben der Lagerarchitektur.

Der Bereich „Zwangsarbeit“ informiert über den Arbeitseinsatz der Häftlinge in den Steinbrüchen und ab dem Jahr 1943 in der Rüstungsindustrie bei den Rüstungswerken Steyr-Daimler-Puch AG und Messerschmitt GmbH sowie bei der bombensicheren Verlagerung der Rüstungsindustrie. Im Ausstel-

lungsteil „Vernichtung“ wird die systematische Massentötung von Häftlingen dargestellt. Die Entwicklung der Häftlingsgesellschaft vor dem Hintergrund der strukturellen Veränderungen des Lagers Gusen wird in einem weiteren Ausstellungsbereich gezeigt. Hierher gehört auch die Darstellung der unterschiedlichen Opfergruppen anhand von neun Häftlingsbiographien. Neben den Texten, Fotos und Faksimiles von Originaldokumenten ist in der Ausstellung auch ein ca. einstündiger Film mit Zeitzeugeninterviews zu sehen.

Ein weiterer Teil rollt die Ereignisse rund um den 5. Mai 1945 insbesondere aus dem Blickwinkel der amerikanischen Befreier auf. Deren Bemühungen um eine Information der Öffentlichkeit löste eine wahre Flut an Bildern vom befreiten Lager aus, die auch heute noch die Vorstellungen von den Konzentrationslagern prägt.

Nach dem Mittagessen in Gusen machte sich die Gruppe zum Schloss Greinburg auf. Dieses ist in Privatbesitz und hat einen besonderen Platz im Herzen der herzoglichen Familie von Sachsen-Coburg und Gotha – als historische herzogliche Sommer- und Jagdresidenz. Für uns ist die denkmalgerechte Erhaltung von Schloss Greinburg eine unserer größten Verpflichtungen – das wichtigste Bindeglied zwischen der heutigen Zeit und der Vergangenheit.

Vor allem die außergewöhnliche Architektur von Schloss Greinburg sollte man sich nicht entgehen lassen: Der prächtige dreigeschoßige Arkadenhof, das spektakuläre Diamantgewölbe, die einzigartige Sala Terrena, der 30 m lange Große Rittersaal und die unvergleichliche Aussicht auf die Donau und die Umgebung. Besonders interessant sind die privaten Festräume der Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha'schen Familie, die nur im



ÖVP Kameradschaft im Konzentrationslager Gusen.



die Teilnehmer die Exkursion in einem äußerst gemütlichen Buschenschank ausklingen. Am Abend wurde noch auf den Geburtstag unseres Bundesobmannes Dr. Norbert Kastelic im Hotel angestoßen.

Die eigentliche Sitzung des Kuratoriums begann dann pünktlich am 12.10. mit den Berichten aller Landesobleute. Weiters rief unser Bundesobmann dazu auf, sich in den nächsten Monaten vor allem auf das Werben von neuen Mitgliedern zu konzentrieren. Mit einem gemeinsamen Mittagessen im Hotel Aumühle ging die Tagung zu Ende, wobei Prof. Mag. Johannes Legler nochmals ausdrücklich für die hervorragende Organisation gedankt wurde.

SK ■

► Rahmen einer Führung besucht werden können. Seit 1970 befindet sich in einem Teil des Schlosses das OÖ. Schifffahrtsmuseum mit Modellen und Miniaturansichten verschiedenster Schiffs- und Floßmodelle.

Im Anschluss an den Besuch des Schlosses Greinburg ließen

Neuwahl des Kuratoriums am 12. Oktober 2024

Bundesobmann:	KASTELIC Dr. Norbert
Bundesobmann-Stv.:	DENIFL Matthias KROIHER Mag. Markus SCHWARZ Mag. Wolfgang WAGNER Gabriele
Schriftführer:	ZIMMERBAUER Mag. Dr. Marcus
Schriftführer-Stv.: (Freiheitskämpfer)	MYCHALEWICZ Mag. Paul
Kassier:	WAGNER Gabriele
Kassier-Stv.:	NEUMAYER Doris
Rechnungsprüfer:	DENIFL Peter WEISS Rudolf
Schieds- und Ehrengericht:	FÖSSL Dr. Andreas GOTTL Dr. Ewald KASTELIC KomR. Dr. Gerhard

Neue Tafel erinnert an Geschichte der „Schindler-Villa“

Die vom jüdischen Cafetier und Branntweinfabrikanten Hugo Schindler am Rennweg 10 in Innsbruck erbaute Villa war nach dem „Anschluss“ 1938 Privatdomizil von Gauleiter Franz Hofer. Nach dem Krieg wurde sie restituiert und gelangte über mehrere Stationen in das Eigentum der Universität Innsbruck. Diese hat sich entschieden, die Geschichte dieses Gebäudes durch die Anbringung einer Erinnerungstafel öffentlich sichtbar zu machen.

1927 ließ der jüdische Cafetier und Branntweinfabrikant Hugo Schindler (1888-1952) für seine Familie von Hermann Muthesius (1861-1927) eine Villa im englischen Landhausstil bauen. Es war eines der letzten Bauprojekte des prominenten Berliner Architekten. Nach dem „Anschluss“ 1938 und der „Arisierung“ seines Cafés in der Innsbrucker Maria-Theresien-Straße musste Schindler das Anwesen unter Druck und auf Betreiben der NSDAP für einen

zu geringen Preis an die Sparkasse der Stadt Innsbruck verkaufen. Im Sommer 1938 zog der NSDAP-Gauleiter für Tirol-Vorarlberg, Franz Hofer (1902-1975), in die Villa ein, die er als Privatdomizil nutzte und ein Jahr später auch kaufte.

1945 beschlagnahmten US-amerikanische Besatzungstruppen das Haus und übergaben es anschließend der französischen Militärregierung. Hugo Schindler, der den Holocaust in England überlebt hatte, strengte nach dem Krieg ein Restitutionsverfahren an, das dazu führte, dass die Immobilie 1949 wieder in seinen Besitz übergang. 1952 starb Hugo Schindler und seine Witwe Edith (1904-1981) und sein Sohn Kurt (1925-2017) verkauften die Liegenschaft 1956. Im Jahr 1990 erwarb die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) die Villa und richtete in ihr das Forschungsinstitut für Biomedizinische Altersforschung ein. 2002 wurde das Haus general saniert, mit umfangreichen



Eingriffen in die Fassade und die innere Struktur des Gebäudes. 2013 übertrug die ÖAW das Institut und die Liegenschaft der Universität Innsbruck.

Im Beisein von Meriel Schindler, der Enkelin von Hugo Schindler, dem Innsbrucker Bürgermeister Johannes Anzengruber, dem Vorsitzenden der Landesgedächtnisstiftung Herwig van Staa und Siegfried Gitterle, dem Präsidenten der Israelitischen Kulturgemeinde für Tirol und Vorarlberg wurde am 8.11.2024 eine Tafel zur Erinnerung an die Geschichte des Gebäudes enthüllt. „Es war uns

ein wichtiges Anliegen, die Vergangenheit dieser Villa öffentlich sichtbar zu machen und an die Geschehnisse von damals zu erinnern“, sagt Veronika Sexl, Rektorin der Universität Innsbruck. „Wir haben dieses Haus übertragen bekommen und nutzen es für die wissenschaftliche Arbeit. Als stummer Zeuge von Vernichtung und Vertreibung steht es aber auch für ein dunkles Stück Geschichte dieser Stadt. Ich danke unserem Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät, Dirk Rupnow, für diese wichtige Initiative.“

SK ■

Engelbert Dollfuß als Katholik

„**Engelbert Dollfuß als Katholik**“ stand im Mittelpunkt eines Vortrages der Historikerin und Publizisten Gudula Walterskirchen im voll besetzten Pfarrsaal Hürm am 4. Oktober 2024, der am Tag genau vor 132 Jahren im nicht weit entfernten Texting im niederösterreichischen Alpenvorland geboren wurde. Walterskirchen hatte 2004 selbst eine Dollfuß-Biographie verfasst und berichtete über die ambivalente und bis heute umstrittene Persönlichkeit der österreichischen Geschichte, der als Bundeskanzler von 1932-1934 wirkte und im Kampf um die österreichische Unabhängigkeit ermordet wurde.

Dollfuß wurde als unehelicher Sohn einer Bauernstochter geboren und wuchs in einem von tiefer Religiosität und harter bäu-

erlicher Arbeit geprägten Umfeld auf. Nach der Übersiedelung wurde er in der Nachbarortschaft Kirnberg vom Wiener Weihbischof Johannes Schneider „entdeckt“. Dieser ermöglichte ihm den Besuch des Gymnasiums und des „kleinen“ Priesterseminars in Hollabrunn. Dollfuß entschied sich jedoch für eine juristische Laufbahn und wurde nach dem Kriegsdienst als Offizier Sekretär des NÖ-Bauernbundes und danach Direktor in der von ihm mitgegründeten NÖ-Landwirtschaftskammer. Schon früh kam Dollfuß in katholischen Zirkeln, u.a. seiner CV-Verbindung „Franco-Bavaria“, mit dem „ständischen“ Gedanken in Berührung. Dieser propagierte statt dem vom Marxismus gepredigten Klassenkampf die Zusammenarbeit von Arbeitge-

ber und Arbeitnehmer innerhalb eines Berufsstandes.

Dies sollte auch im Zentrum des von ihm im Mai 1934 ausgerufenen „Ständestaates“ stehen, den er diktatorisch anstelle der parlamentarischen Demokratie errichtet hatte. Er verstand diesen eigentlich, so Walterskirchen, als Gottesstaat auf Erden, ein Konzept, dass scheitern musste. Den in jüngster Zeit wieder verstärkt auftretenden Begriff „(Austro-)Faschismus“ für den Ständestaat lehnt Walterskirchen ab. Dies auch deswegen, weil die Bezeichnung „Faschismus“ auch für den Nationalsozialismus letztlich eine Gleichstellung der Regime suggeriert und damit eine Verharmlosung desselben.

In der Debatte wurde von den Ortskundigen vor allem der

2023 vom Melker Verein „Merkwürdig“ gestartete „Aufarbeitungsprozess“ nach den Vorwürfen gegen den aus Texting stammenden ÖVP-Innenminister Gerhard Karner beklagt. Der Verein hätte sich große Verdienste rund um die Gedenkstätte der KZ-Außenstelle Melk erworben, in der Causa „Dollfuß“ wurde sein Agieren jedoch als einseitig „links“ und ideologisch motiviert wahrgenommen. Aspekte wie sein Eintreten für die Landarbeiter-Sozialversicherung oder der österr. Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus unter dem Vorzeichen eines von ihm entfachteten neuen österreichischen Patriotismus seien dabei überhaupt nicht thematisiert worden.

Niklas Perzi ■



G E D E N K S T E I N

Anton Stahl, SJ

Geboren: 17. Februar 1891, Pollschitz

Gestorben; 16. März 1956 in Wien

Beruf: Priester und Lehrer

Verfolgung: Haft Mai 1944 – 29.07.1944

KZ Dachau 29.7.1944 – 29.04.1945



Anton Stahl wird am 17. Februar 1891 als ältestes von neun Kindern einer Bauernfamilie im böhmischen Pollschitz, im Bezirk Bischofteinitz, geboren. Mit neuen Jahren überlebt er eine sehr schwere Nierenentzündung nur knapp. Mit 12 Jahren schicken seine Eltern ihren begabten Sohn ins Gymnasium nach Mariaschein [heute: Bohosudov in Tschechien]. Von dort aus tritt er 16-jährig – wie es damals häufig geschieht – in das Noviziat der Jesuiten und zwar in St. Andrá im Lavanttal ein. Nach dem Noviziat setzt er für die restlichen drei Gymnasialklassen als Scholastiker im Kollegium Kalksburg seine Ausbildung fort und maturiert 1912

dieselbst. Dann folgen drei Jahre Philosophiestudium in Innsbruck. 1915-17 ist er bereits als Lehrer für Latein und Griechisch am Kollegium Aloisianum am Freinberg in Linz eingesetzt.

Nach seinem absolvierten Theologiestudium wird Anton Stahl am 26. Juli 1920 zum Priester geweiht. Danach unterrichtet er Griechisch und Latein in Mariaschein, wird ein Jahr später Rektor dieser Schule und bald darauf Direktor des Gymnasiums. 1934 geht er nach Duppau und wird am dortigen Jesuiten-Kolleg Direktor und Leiter des Hauses.

Dort erlebt Anton Stahl die Besetzung des sogenannten

„*Sudentenlandes*“ durch die Nationalsozialisten. Im Februar 1939 werden alle Jesuiten aus politischen Gründen aus dem Kolleg vertrieben. Anton Stahl geht an das Jesuiten Kolleg nach Innsbruck, bis dieses im Oktober 1939 aufgelöst wird. Er kehrt daraufhin in die Prager Erzdiözese zurück.

Politisch macht er aus seiner Ablehnung gegenüber dem Nationalsozialismus keinen Hehl. Als er gerade zu Maipredigten in Wien ist, wird er von der Gestapo verhaftet. Seinen Schwager zeigte ihn bezüglich des Abhörens von Auslandssendern an. Er wird nach Karlsbad überführt und dort zahlreichen Verhören unterzogen. Nach einer

Verurteilung wegen des „*Hörens von Feindsendern*“ wird Anton Stahl am 29. September 1944 in das KZ Dachau verschleppt. Dort bleibt er bis zur Befreiung am 29. April 1945.

Nach seiner Befreiung kehrt er kurz nach Böhmen zurück, um dann aber an das Kollegium Aloisianum am Freinberg in Linz zu wechseln. Im Sommer 1949 wechselt er als Lehrer an das Kollegium Kalksburg wo er bald zum Schuldirektor aufsteigt.

Im Jahr 1954 wird bei Anton Stahl Darmkrebs diagnostiziert, an dem schließlich zwei Jahre später, am 16. März 1956, im Krankenhaus „Zum Göttlichen Heiland“ in Wien-Dornbach verstirbt. ■



G E D E N K S T E I N

Geboren: 25. November 1924 in Wien

Gestorben; 8. März 1995 in Wien

Beruf: Lehrer

Verfolgung: Haft 19. Jänner 1942 – 7. April 1945

Ehrungen: Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst



Ludwig Marian Basilius Igáli von Igálffy

Ludwig Marian Basilius Igáli von Igálffy wird in Wien als Sohn des bei der Anglo-Austrian Bank Ltd. angestellten Robert Igáli von Igálffy und von Anna Igáli von Igálffy geboren. Nach dem Besuch der Volksschule Hörnesgasse besucht er das Gymnasium Kundmann-gasse im 3. Wiener Gemeindebezirk, da beides in unmittelbarer Wohnumgebung ist.

Ludwig Igáli von Igálffy hat – geprägt durch sein Elternhaus – eine katholische Einstellung und ein starkes Österreichbewusstsein, was auch durch die regimekritische Haltung der Marianischen Studentenkongregation Maria Verkündigung beeinflusst worden ist. Die Familie lehnt den Nationalsozialismus entschieden ab. Sie erleben im März 1938 den Untergang Österreichs durch den Einmarsch der deutschen Truppen.

Meiner Erziehung im Elternhause gemäß war ich ein Gegner des nationalsozialistischen Systems und verlieh meiner Ansicht in Wort und Tat Ausdruck.

*Ludwig Igáli von Igálffy
nach dem Krieg*

Sein Klassenkamerad Josef Maria Landgraf hört bereits vor dem Kriegsausbruch mit dem familieneigenen Radioapparat die verbotenen Übertragungen des BBC und des „Senders der europäischen Revolution“. Den Inhalt der Sendungen berichtet er seinen Klassenkameraden und Bekannten und produziert

Briefe, Flugzettel und Aufkleber. Die Inhalte widersprechen den offiziellen Kriegsmeldungen Deutschlands von der Front. Von Winston Churchill hat er das Victory-Zeichen „V“ übernommen, mit dem er die Flugschriften schmückt.

Die Flugschriften waren dazu bestimmt, die auf den Sturz der deutschen Staatsführung, die Loslösung von Teilen des Reichsgebietes und die Zersetzung des deutschen Widerstandswillens gerichteten Ziele der feindlichen Kriegspropaganda zu fördern.

Aus der Klagschrift

Josef Maria Landgraf kann Ludwig Igáli von Igálffy zur Mitarbeit gewinnen. Gemeinsam mit seinen Klassenkameraden Friedrich Fexer, Johann Trettler, Anton Brunner und eben Josef Maria Landgraf baut er ein Netzwerk auf, welches die Briefe aufgibt und die Flugzettel sowie Aufkleber verteilt. Es werden etwa 70 Briefe, 50 Flugzettel und 20 Aufkleber produziert.

Ein weiterer Klassenkamerad der fünf Mitschüler, der von deren Treiben erfahren hatte, wendet sich an den Schuldirektor der Kundmann-gasse, Ferdinand Walter, der die Schüler bei der Gestapo anzeigt. Am 19. Jänner 1942 werden Ludwig Igáli von Igálffy und Friedrich Fexer von der Gestapo festgenommen; Anton Brunner am 20. Jänner 1942. Josef Maria

Landgraf war bereits am 20. September 1941 verhaftet worden. Am 17. April 1942 werden die vier Widerstandskämpfer vor dem Volksgerichtshof angeklagt.

Ludwig Igáli von Igálffy wird vom 2. Senat des VGH im Schwurgerichtssaal des LG Wien am 28. August 1942 wegen „landesverräterischer Begünstigung des Feindes in Verbindung mit der Vorbereitung zum Hochverrat“ zu acht Jahren Gefängnis verurteilt unter Anrechnung der Untersuchungshaft von 7 Monaten. Zwei andere Mitglieder dieser Gruppe [Josef Maria Landgraf und Anton Brunner] werden zum Tode verurteilt; ihr Strafmaß wird später abgemildert, Landgraf sitzt 406 Tage in der Todeszelle. Alle drei treffen sich später im Jugendgefängnis Wien-Kaiserebersdorf zur Strafverbüßung wieder.

Wir wurden dann getrennt, Landgraf und Brunner wurden im Landesgericht in die „Köpfler“-Zellen gesteckt, wobei also Brunner früher freikam als Landgraf, der über ein Jahr drinnen war, und so folgte uns Brunner in das Jugendgefängnis Kaiserebersdorf wo wir dann zu dritt wieder vereint waren.

*Ludwig Igáli von Igálffy über die
Zeit nach der Verurteilung*

Ludwig Igáli von Igálffy verbüßt seine Strafe bis Kriegsende.

Nach dem Krieg wird Ludwig Igáli von Igálffy die Matura zuerkannt und er inskribiert das Lehramtsstudium für Latein und Englisch an der Universität Wien, worin er 1949 spondiert. In dieser Zeit tritt er der Studentenverbindung Maximiliana in Wien bei.

1950 heiratet er Getraude, fängt als Lehrer an zu arbeiten und 1951 wird sein Sohn geboren. Nachdem er zuerst Lehrer im Gymnasium Albertgasse war, wird er Lehrer und Bibliotheksleiter an der Theresianischen Akademie (Gymnasium) in Wien. Er unterrichtet auch am St. Georgs-Kolleg in Istanbul. 1966 promoviert Ludwig Igáli von Igálffy an der Universität und publiziert allgemein anerkannte Fachliteratur im Bereich der Heraldik. Ludwig Igáli von Igálffy geht 1983 in den Ruhestand und verstirbt im 71. Lebensjahr in Wien.

[Anm.: Oftmals wird die Gruppe Landgraf fälschlicherweise zu den „Vierergruppen“ gezählt. Als die Vierergruppen werden zwei weitere jugendliche Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus bezeichnet, die im Sommer 1941 gleichzeitig und unabhängig voneinander in Hamburg und München entstanden.

Johann Trettler war Mitglied der Gruppe, wurde aber nicht, wie die weiteren vier Mitglieder vom Volksgerichtshof angeklagt und verurteilt. Trotzdem hatte die Gruppe fünf Mitglieder.]

Zeitenwende

Im letzten Freiheitskämpfer (siehe Nr. 73, Seite 8) mussten wir uns von Frau Dkfm. Edith Schwarz als der letzten aktiven Widerstandskämpferin aus den Reihen ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten verabschieden.

Mit ihrem Ableben hat die Zeitzeugenschaft innerhalb der ÖVP Kameradschaft nunmehr endgültig ihr Ende gefunden. War es für die meisten Erwachsenen bisher selbstverständlich die Geschichte der unvorstellbaren Gräueltaten des nationalsozialistischen Regimes, des Totalitarismus und des mutigen Aufbäumens gegen dieses Regime von Zeitzeugen zu erfahren und ihre persönliche Betroffenheit zu erleben, so kann dies für die nächste Generation ausschließlich aus Geschichtsbüchern und digitalen Medien erfolgen. Damit ändert sich aber der Umgang mit unserer Vergangenheit grundsätzlich.

Änderungen der Aufgaben für ÖVP Kameradschaft

Die *ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten* unterlag seit ihrer Gründung einem steten Wechsel der Aufgaben. Nach der Gründung 1948 war es ihre Hauptaufgabe die Vertretung ihrer Mitglieder, also die Vertretung Opfern des nationalsozialistischen Regimes, ihrer Nachkommen und aktiven Widerstandskämpfern, in gesetzlichen Gremien wie z.B. Gemien nach dem Opferfürsorgegesetzes. Man war eben eine Kameradschaft von Personen, die gemeinsam gegen einen vermeintlich übermächtigen Feind aufgestanden waren, gemeinsam verfolgt wurden und nun weiterhin zusammenstanden.

Die Frage der Erinnerung beschränkte sich auf jene Personen, die dem Regime zum Opfer fielen. Die meisten Österreicher

innen und Österreicher hatten diese unsägliche Zeit selbst erlebt, weshalb das Hochhalten der Erinnerung vorerst im Hintergrund stand.

Erst mit fortlaufender Zeit rückte die Erinnerung wohin das Versagen von Demokratie und Tyrannei führen kann langsam in den Vordergrund und die Wahrung der Interessen der Widerstandskämpfer und Opfer nahm stetig ab.

Erinnerung, die nur in der Vergangenheit lebt, verblasst

Für die *ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten* bedeutet das Ende der Zeitzeugen-

schaft, dass neue Wege beschritten werden müssen; neue Formen der Erinnerungskultur, die das Vergangene weiterhin verstehbar machen und gleichzeitig die Relevanz für die Gegenwart aufzeigen. Denn Erinnerung, die keinen Bezugspunkt zur Gegenwart hat, verblasst.

Die Opferbereitschaft der tausenden politisch Verfolgten im Dritten Reich hat große Relevanz für die Gegenwart. Demokratien sind weltweit momentan in der Defensive, Meinungsfreiheit wird regelmäßig in Frage gestellt, Diskussionen werden zunehmend nicht mehr im Parlament sondern auf der Straße ausgetragen, in denen eine Min-

derheit versucht einer Mehrheit ihre Meinung aufzudrängen usw. Und nicht zuletzt kämpft in Europa seit 2022 wieder ein ganzes Volk mutig für seine Freiheit und Unabhängigkeit, nachdem es von einem Aggressor auf ihrem Territorium angegriffen wurde.

Den vorangegangenen Mitgliedern ein Gesicht und eine Stimme geben

Eine Aufgabe der *ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten* muss es sein, die Geschichte der vielen einzelnen Opfern und Widerstandskämpfern für die nächste Generation erlebbar und begreifbar zu

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, Landesgruppe bei.



(Nur bei Vereinsbeitritt auszufüllen)

..... Titel Vorname Nachname
..... Anschrift PLZ/Ort	
..... Geburtsdatum		
..... E-Mail Telefon	

Ich stimme zu und willige ein, dass meine Daten für die Zusendung von Informationen vereinsintern gespeichert werden. Diese Einwilligung kann jederzeit durch meine E-Mail widerrufen werden.



..... Ort/Datum Unterschrift
--------------------	-----------------------

► machen. Nach dem Ende der Zeitzeugenschaft können sie nicht mehr für sich reden, weshalb ihnen ein Gesicht und eine Stimme gegeben werden muss. Sie haben weiterhin viel zu sagen, was Relevanz für die Gegenwart und Zukunft hat.

Ihre Taten müssen auf- und herausgearbeitet werden, da sie das Fundament der Bürgergesellschaft gelegt haben, in der Zivilcourage, Eigenverantwortung und gesellschaftliche Gesamtverantwortung zählen. Es waren sowohl die ganz großen Widerstandskämpfer vom Format eines Jakob Kastelic, eines Roman Scholz, eines Karl Lederers, eines Friedrich Theiß, etc... aber auch die vielen kleinen, oftmals in Vergessenheit geratenen Österreicherinnen und Österreicher, die nicht wegsehen könnten und sich aktiv betätigten. Ihnen muss wieder eine Stimme und ein Gesicht gegeben werden; sie müssen gehört werden können.

Mutig in die neuen Zeiten, mit neuer Form der Kommunikation

In der letzten Nummer des Freiheitskämpfers haben wir die Serie „Gedenksteine“ begonnen,

in der zunächst eine Person schriftlich, allerdings möglichst mit Foto, präsentiert wurde. Nunmehr wollen wir einen Schritt weitergehen und mittels QR Codes einen Widerstandskämpfer auch akustisch und visuell präsentieren.

Die ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten erlebt momentan eine Zeitenwende, aber wenn man mutig in die neuen Zeiten blickt, kann diese Herausforderung leicht gemeistert werden.

Markus Kroiher ■

Geburtstage 2024

Der Freiheitskämpfer gratuliert allen runden und halbrunden Jubilaren auf das Herzlichste.

100 Jahre

Margaretha Mras

90 Jahre

Frieda Waidhofer

85 Jahre

**Elfriede Neumeister
Mag. Ilona Pachernegg**

80 Jahre

**Elisabeth Kastelic
Mag. Peter Sprinzl
DI Peter Beer
Johannes Prochaska
Irmgard Komenda**

75 Jahre

**Mag. Franz Stabler
Franz Gomernik
Hans Peter Schweigebauer
Peter Denifl
Franz Xaver Quendler**

70 Jahre

**Toni Pertl
Günther Platter
Dr. Georg Keuschnigg**

65 Jahre

**Mag. Dr. Claudia Tancsits
Harald Jilke
Patrica Davis
Maria Mohar**

60 Jahre

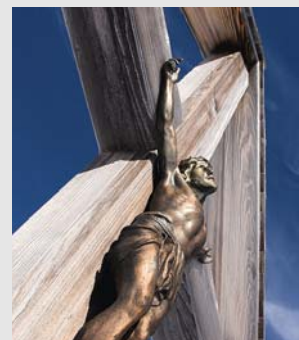
**Dr. Helmut Wohnout
Mag. Peter Lackner
Josef Pfnaisl**

55 Jahre

**Mag. Stephan Kastelic
Gerald Grünberger
Philipp Graf**

50 Jahre

**Dr. Gerald Radner
Mag. Markus Reiter**



Uns sind folgende Todesfälle bekannt geworden:

Landesverband
Burgenland
Pia Kittelmann

Landesverband
Niederösterreich
Johann Zottl

Landesverband
Oberösterreich
**Edeltraud
Zimmerbauer**

Landesverband Wien
**Dr. Günther Doppler
Dkfm. Edith Schwarz
Dr. Josef Zemanek**

Impressum:



Medieninhaber und Herausgeber:
Kuratorium der ÖVP
Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16
Tel: 01/406 11 44
Chefredaktion: Mag. Paul Mychalewicz (PM)
Mitarbeit: Dr. Norbert Kastelic (NK), Mag. Walter Tancsits (WT)
Organisation: Mag. Stephan Kastelic
Fotos: ÖVP Kameradschaft - Bund, Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Tirol. Friedrich Forsthuber, Ulrike Garscha, Shutterstock
Satz/Umbruch: Tanja Pichler
Druck: druck.at

VORSCHAU

Veranstaltungen 1. Halbjahr 2025

- 19.02.2025** Führung im Landesgericht für Strafsachen
- 12.03.2025** Gedenkmesse in der Michaelerkirche, Gedenken am Philipshof
- 14.03.2025** Gedenken in Floridsdorf am Spitz am Morzinplatz und im Landesgericht für Strafsachen
- 01.04.2025** Gedenken am Westbahnhof 1. Dachautransport
- 06.04.2025** Gedenken in Hadersdorf/Kamp und Stein/Donau
- 11.05.2025** Gedenkveranstaltung Mauthausen

www.oevp-kameradschaft.at
office@oevp-kameradschaft.at